

---

# Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich [Reichskonkordat], 20. Juli 1933

---

## Zusammenfassung

Das Reichskonkordat von 1933 ist ein staatskirchenrechtlicher und völkerrechtlicher Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, der heute noch Gültigkeit besitzt. Er wurde nur wenige Monate nach der sogenannten Machtergreifung Adolf Hitlers und der NSDAP am 30. Januar 1933 im Vatikan unterzeichnet, weswegen ihm politisch und moralisch eine anhaltende Brisanz innewohnt. Viele Kritiker haben dem Vatikan vorgeworfen, mit dem Reichskonkordat das nationalsozialistische Regime aufgewertet zu haben, während insbesondere katholische Historiker diesen Vorwurf stets zurückgewiesen haben und auf die praktische Bedeutung des Konkordates abhoben.

## Einleitung

Im Grunde verdankte sich das Reichskonkordat einer längeren Vorgeschichte, die weit bis in die Anfänge der Weimarer Republik zurückreichte und erst einmal weniger mit der Situation im Deutschen Reich nach dem Ende der Hohenzollernmonarchie 1918 als mit der veränderten Lage der römischen Kirche seit der Eroberung des souveränen Kirchenstaates durch italienische Truppen im Jahre 1870 zu tun hatte. Nach langen Jahrzehnten eines bestenfalls wechselhaften, meist aber angespannten Verhältnisses zwischen dem Vatikan und dem Königreich Italien war der katholischen Kirchenführung spätestens im Verlauf des Ersten Weltkriegs klar geworden, daß der aktuelle völkerrechtliche Status des Heiligen Stuhls auf Dauer unhaltbar geworden war. Die Kriegseignisse, allen voran der Kriegseintritt Italiens, hatte einerseits die pastorale und jurisdiktionelle Oberhoheit des Papsttums gegenüber den katholischen Kirchen in den kriegführenden Ländern stark in Mitleidenschaft gezogen und andererseits die genuine Mission Papst Benedikt XV., Initiativen zur Sicherung des Friedens zu starten, wesentlich behindert. Noch wichtiger war freilich der Zerfall des etablierten Staatensystems. Mit den Habsburgern, Hohenzollern, Romanows und Osmanen waren alte Herrscherfamilien einfach verschwunden; ihre oft supranationalen Imperien hatten sich zugunsten neuer Nationalstaaten mit vielfältigen ethnischen und konfessionellen Minderheiten aufgelöst. Aus diesem Grund sah sich der Heilige Stuhl, das heißt die katholische Kirchenführung in Gestalt des auf den Kirchenstaat (das Patrimonium Petri in Mittelitalien) zurückgehenden Völkerrechtssubjektes, veranlaßt, seine völkerrechtlichen Beziehungen neu zu ordnen. Dazu sollte das bereits vorhandene, ältere Instrumentarium des Konkordates dienen, also völkerrechtlich bindende Verträge zwischen dem Heiligen Stuhl und den jeweiligen nationalen Regierungen. Derartige Konkordate hatte es bereits seit der frühen Neuzeit gegeben. Ein bekanntes Beispiel stellte das Konkordat mit Napoleon aus dem Jahre 1804 dar, in dem die Beziehungen der katholischen Kirche mit dem nachrevolutionären Frankreich geregelt wurden. Nach 1918 mußte es darum gehen, die internationale Handlungsfähigkeit des Vatikans solide und dauerhaft zu sichern. So kam es zu einer ganzen Reihe neuer Konkordate, etwa mit Portugal 1928, Bayern 1924, Preußen 1929 und Baden 1932. Am wichtigsten war indes das Konkordat mit

dem faschistischen Italien 1929 (die „Lateranverträge“), mit dem die Souveränität des nunmehr auf das winzige vatikanische Territorium beschränkten Heiligen Stuhls wieder hergestellt wurde und Italien einen finanziellen Ausgleich wegen der Annexion des Kirchenstaates an den Vatikan zahlte. Mindestens ebenso wichtig war indes ein anderer Punkt, nämlich die Absicherung des Rechtsstatus der katholischen Kirche und der katholischen Verbände im totalitären Staat Mussolinis. Trotz aller Differenzen und Spannungen, die in der Folge zwischen Italien und dem Heiligen Stuhl auftraten, erwiesen sich die Lateranverträge als zumindest brauchbarer rechtlicher Schutz des italienischen Katholizismus vor Übergriffen von Staat und Partei. Diese Erfahrung bildete den Hintergrund für das vatikanische Handeln nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Januar 1933. Weiterhin war der Vatikan sehr daran interessiert, die rechtliche Situation des Katholizismus gerade im gemischtkonfessionellen Deutschen Reich dauerhaft zu klären. Insbesondere Eugenio Pacelli, der seit 1917 als Apostolischer Nuntius erst in München und dann ab 1925 in Berlin fungierte, galt als ausgesprochener Befürworter eines Reichskonkordats. Nachdem er 1918/19 die Wirren der sozialistischen Revolution in München hautnah mitbekommen hatte, wußte er um die Fragilität des neuen deutschen Staatswesens und war angesichts unklarer Prognosen über die Zukunft der Weimarer Republik dafür, die rechtliche Stellung der katholischen Kirche völkerrechtlich verbindlich festzulegen. Diesem Ziel dienten auch die von ihm ausgehandelten Länderkonkordate. 1929 wurde Pacelli als Kardinalstaatssekretär nach Rom berufen. Auch danach verfolgte er intensiv die Entwicklungen in Deutschland und trat weiterhin für ein Reichskonkordat ein. Allerdings scheiterten sämtliche Sondierungsgespräche zwischen dem Heiligen Stuhl und der jeweiligen Reichsregierung in den 1920er Jahren, obwohl die republikanischen Regierungen zumeist unter der Federführung der katholischen Zentrumspartei gebildet worden waren. Der Grund dafür lag in der Haltung des Vatikans zur Frage der konfessionellen Bekenntnisschule, an der man in Rom unbedingt festhalten wollte, sowie in Differenzen über die Kirchensteuer und andere finanzielle Streitpunkte zwischen Kirche und Reich. Daher sah es gegen Ende der 1920er Jahre ganz so aus, als käme ein Reichskonkordat nicht mehr zustande.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler änderte sich 1933 gleichwohl die politische Konstellation. Nicht, daß die Beziehungen zwischen der NSDAP und der katholischen Kirche je spannungsfrei gewesen wären. Katholiken hatten die neue Regierungspartei im Vergleich zu anderen Bevölkerungsteilen weit unterdurchschnittlich gewählt. Nur Kommunisten wechselten noch seltener zum Nationalsozialismus als Katholiken. Die katholischen Bischöfe hatten noch 1932 darauf beharrt, daß man nicht gleichzeitig Katholik und Nationalsozialist sein könne, und viele katholischen Vereine waren dieser Vorgabe durch eigene Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefolgt. Parallel dazu hatten Geistliche, wie der Jesuitenpater Muckermann, einen intensiven Kampf gegen die neuheidnische und rassistisch-eugenische Ideologie der Nationalsozialisten geführt. Nach der Machtergreifung herrschte im katholischen Lager die Sorge, die Nationalsozialisten würden sich jetzt daranmachen, die kirchlichen Strukturen in Deutschland zu zerschlagen. Vielen Katholiken stand noch die Krisenzeit des Bismarckschen Kulturkampfes lebendig vor Augen. Dies alles führte im Laufe von Frühjahr und Sommer 1933 zu deutlichen Zerfallserscheinungen im deutschen Vereinskatholizismus. Auch die Zentrumspartei als Organ des politischen Katholizismus war offenkundig im Niedergang begriffen, nachdem sie mit Zustimmung Roms dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte.

Während sich die katholischen Kirchenführungen in Deutschland und dem Vatikan

um die Zukunft ihrer institutionellen Strukturen sorgten, war die neue Reichsregierung umgekehrt bestrebt, sich internationales Renommee zu verschaffen. Zwar kann keine Rede davon sein, daß die europäischen Mächte zu einer gemeinsamen Aktionsfront gegen das nationalsozialistische Regime bereit gewesen wären – es gab durchaus schon vor dem Konkordat Vereinbarungen zwischen der nationalsozialistischen Regierung und beispielsweise Großbritannien -, aber ein Erfolg auf diplomatischem Parkett kam den Machthabern gelegen. Gleichzeitig wollte Hitler dem politischen Katholizismus endgültig den Garaus machen. Dies deckte sich mit den Bestrebungen der Kirchenführung, die der Zentrumsparterie immer schon skeptisch gegenübergestanden hatte. Jedoch gingen die ersten Sondierungen zu einem Reichskonkordat von der deutschen Regierung aus, wo sich vor allem der katholische Vizekanzler Franz von Papen, ein abtrünniger einstiger Zentrumsolitiker, seine guten Beziehungen zu Rom zunutze machte. Es ist nicht ganz klar, wann die ersten Kontakte aufgenommen wurden, auf alle Fälle begannen die offiziellen Verhandlungen zu Ostern 1933. Papens Gesprächspartner waren neben Eugenio Kardinal Pacelli, dem Kardinalstaatssekretär und ab 1939 Papst Pius XII., in erster Linie Alfredo Ottaviani, der spätere Präfekt des heiligen Offiziums, und Giovanni Battista Montini, der spätere Papst Paul VI. Parallel zu den Verhandlungen setzte sich der Zerfall des krisengeschüttelten und zunehmend von den Nationalsozialisten verfolgten Zentrums fort, das sich dann am 5. Juli 1933, zwei Wochen vor dem Abschluß der Verhandlungen, auflöste, nachdem der letzte Parteivorsitzende, Prälat Ludwig Kaas, sich nach Rom abgesetzt hatte. Damit war das letzte Hindernis in den laufenden Konkordatsverhandlungen ausgeräumt.

Mit dem Konkordat erkannte das Deutsche Reich die Selbständigkeit der katholischen Kirche in Deutschland an sowie ihr Recht, ungehindert mit dem Heiligen Stuhl und Papst Pius XI. zu korrespondieren, Hirtenbriefe, Diözesanblätter und ähnliches zu veröffentlichen, und schließlich den Bestand des kirchlichen Vereinswesens und der Bekenntnisschulen. Auch das kirchliche Finanzwesen wurde unter den Schutz des Staates gestellt. Umgekehrt erklärte sich der Heilige Stuhl in Artikel 32 bereit, seinen Priestern und Ordensleuten die Tätigkeit in politischen Parteien zu untersagen, wodurch dem politischen Katholizismus in Deutschland endgültig das Rückgrat gebrochen wurde.

Die Folgen des Reichskonkordats werden bis heute ausgesprochen kontrovers diskutiert. Gewiß wird man heute nicht mehr sagen, der Vatikan habe sich von einer antikommunistischen und profaschistischen Tendenz leiten lassen. Dem widersprechen die vatikanischen Quellen, die eher ein hohes Maß an Skepsis gegenüber der deutschen Führung erkennen lassen. Auch war das Konkordat international gesehen kaum so bedeutsam, wie es manchmal dargestellt wird, obwohl sich nicht leugnen läßt, daß es einen Prestigegegewinn der nationalsozialistischen Führung mit sich brachte. Wesentlich wichtiger waren die Folgen innerhalb des deutschen Katholizismus. Viele kirchentreue Katholiken reagierten angesichts des offenkundigen Kurswechsels Roms unsicher und verstört. Im Vatikan schien man der institutionellen Existenzsicherung der Kirche einen höheren Stellenwert zuzumessen als dem geistigen Kampf gegen eine antikatholische Lehre. Man wird wohl nicht umhin kommen festzustellen, daß mit dem Konkordat die Chancen eines katholischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus rasch minimiert wurden. Das ändert indes nichts an einem hohen Maß verbleibender Widerständigkeit innerhalb des katholischen Milieus. Dessen ungeachtet bot das Konkordat auch Chancen. Die katholische Kirche verfügte damit über eine völkerrechtliche Basis, die es ihr erlaubte, regimeferne Nischen zumindest partiell aufrechtzuerhalten. Allerdings verschlechterten sich die

Beziehungen zwischen Staat und Kirche im Laufe der 1930er Jahre rapide. Dies führte 1937 dann zur Publikation der Enzyklika *Mit brennender Sorge*, die auf Veranlassung Papst Pius XI. von Kardinal Pacelli in deutscher Sprache verfaßt und dann auf abenteuerlichen Wegen ins Reich geschafft worden war. In dieser Enzyklika wurde die antikirchliche Politik der Nationalsozialisten in klaren Worten verurteilt, wobei man sich kirchlicherseits bei der Kritik auf das Konkordat von 1933 berief.

Das Reichskonkordat von 1933 gilt auch heute noch, wenngleich mit Einschränkungen im schulischen Bereich. Da das Grundgesetz die Schulhoheit den Ländern übertragen hat, können einzelne Länder schulrechtliche Bestimmungen etwa über den Religionsunterricht erlassen, die mit dem Inhalt des Reichskonkordats nicht übereinstimmen. Zudem hat sich die Frage der konfessionellen Bekenntnisschulen seit den 1970er Jahren weitgehend erledigt. Ganz in Übereinstimmung mit Artikel 32 des Konkordats dürfen katholische Priester und Ordensleute bis heute keiner Partei beitreten.

**Michael Hochgeschwender**

## **Quellen- und Literaturhinweise**

Coppa, F. J. (Hg.), *Controversial Concordats: The Vatican's Relations with Napoleon, Hitler and Mussolini*, Washington, DC, 1998.

Gotto, K., Hockerts, H.-G. (Hg.), *Von der Reformation zur Gegenwart: Beiträge zu Grundfragen der neuzeitlichen Geschichte*, Paderborn 1988.

Gotto, K., *Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus*, Mainz 1980.

Volk, L., *Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Anfängen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933*, Mainz 1972.

### ***Konkordat***

#### ***zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich***

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. und der Deutsche Reichspräsident, von dem gemeinsamen Wunsche geleitet, die zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu fördern,

gewillt, das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat für den Gesamtbereich des Deutschen Reiches in einer beide Teile befriedigenden Weise dauernd zu regeln,

haben beschlossen, eine feierliche Übereinkunft zu treffen, welche die mit einzelnen deutschen Ländern abgeschlossenen Konkordate ergänzen und auch für die übrigen Länder eine in den Grundsätzen einheitliche Behandlung der einschlägigen Fragen sichern soll.

Zu diesem Zweck haben

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. zu Ihrem Bevollmächtigten

Seine Eminenz den Hochwürdigsten Herrn Kardinal Eugen Pacelli, Ihren Staatssekretär,

und der Deutsche Reichspräsident zum Bevollmächtigten den Vizekanzler des Deutschen Reiches, Herrn Franz von Papen,

ernannt, die, nachdem sie ihre beiderseitigen Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Artikel übereingekommen sind:

#### ***Artikel 1***

Das Deutsche Reich gewährleistet die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion.

Es anerkennt das Recht der katholischen Kirche, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten

und im Rahmen ihrer Zuständigkeit für ihre Mitglieder bindende Gesetze und Anordnungen zu erlassen.

#### *Artikel 2*

Die mit Bayern (1924), Preußen (1929) und Baden (1932) abgeschlossenen Konkordate bleiben bestehen und die in ihnen anerkannten Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche innerhalb der betreffenden Staatsgebiete unverändert gewahrt. Für die übrigen Länder greifen die in dem vorliegenden Konkordat getroffenen Vereinbarungen in ihrer Gesamtheit Platz. Letztere sind auch für die obengenannten drei Länder verpflichtend, soweit sie Gegenstände betreffen, die in den Länderkonkordaten nicht geregelt wurden oder soweit sie die früher getroffene Regelung ergänzen.

In Zukunft wird der Abschluß von Länderkonkordaten nur im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen.

#### *Artikel 3*

Um die guten Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich zu pflegen, wird wie bisher ein Apostolischer Nuntius in der Hauptstadt des Deutschen Reiches und ein Botschafter des Deutschen Reiches beim Heiligen Stuhl residieren.

#### *Artikel 4*

Der Heilige Stuhl genießt in seinem Verkehr und seiner Korrespondenz mit den Bischöfen, dem Klerus und den übrigen Angehörigen der katholischen Kirche in Deutschland volle Freiheit. Dasselbe gilt für die Bischöfe und sonstigen Diözesanbehörden für ihren Verkehr mit den Gläubigen in allen Angelegenheiten ihres Hirtenamtes.

Anweisungen, Verordnungen, Hirtenbriefe, amtliche Diözesanblätter und sonstige die geistliche Leitung der Gläubigen betreffende Verfügungen, die von den kirchlichen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit (Art. 1 Abs. 2) erlassen werden, können ungehindert veröffentlicht und in den bisher üblichen Formen zur Kenntnis der Gläubigen gebracht werden.

#### *Artikel 5*

In Ausübung ihrer geistlichen Tätigkeit genießen die Geistlichen in gleicher Weise wie die Staatsbeamten den Schutz des Staates. Letzterer wird gegen Beleidigungen ihrer Person oder ihrer Eigenschaft als Geistliche sowie gegen Störungen ihrer Amtshandlungen nach Maßgabe der allgemeinen staatlichen Gesetzgebung vorgehen und im Bedarfsfall behördlichen Schutz gewähren.

#### *Artikel 6*

Kleriker und Ordensleute sind frei von der Verpflichtung zur Übernahme öffentlicher Ämter und solcher Obliegenheiten, die nach den Vorschriften des kanonischen Rechtes mit dem geistlichen Stande bzw. dem Ordensstande nicht vereinbar sind. Dies gilt insbesondere von dem Amt eines Schöffen, eines Geschworenen, eines Mitglieds der Steuerausschüsse oder der Finanzgerichte.

#### *Artikel 7*

Zur Annahme einer Anstellung oder eines Amtes im Staat oder bei einer von ihm abhängigen Körperschaft des öffentlichen Rechtes bedürfen Geistliche des Nihil obstat ihres Diözesanordinarius sowie des Ordinarius des Sitzes der öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Das Nihil obstat ist jederzeit aus wichtigen Gründen kirchlichen Interesses widerrufbar.

#### *Artikel 8*

Das Amtseinkommen der Geistlichen ist in gleichem Maße von der Zwangsvollstreckung befreit wie die Amtsbezüge der Reichs- und Staatsbeamten.

#### *Artikel 9*

Geistliche können von Gerichtsbehörden und anderen Behörden nicht um Auskünfte über Tatsachen angehalten werden, die ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden sind und deshalb unter die Pflicht der seelsorgerlichen Verschwiegenheit fallen.

#### *Artikel 10*

Der Gebrauch geistlicher Kleidung oder des Ordensgewandes durch Laien oder durch Geistliche oder Ordenspersonen, denen dieser Gebrauch durch die zuständige Kirchenbehörde durch endgültige, der Staatsbehörde amtlich bekanntgegebene Anordnung rechtskräftig verboten worden ist, unterliegt staatlicherseits den gleichen Strafen wie der Mißbrauch der militärischen Uniform.

#### *Artikel 11*

Die gegenwärtige Diözesanorganisation und -zirkumskription der katholischen Kirche im Deutschen Reich bleibt bestehen. Eine in Zukunft etwa erforderlich erscheinende Neueinrichtung eines Bistums oder einer Kirchenprovinz oder sonstige Änderungen der Diözesanzirkumskription bleiben, soweit es sich um Neubildungen innerhalb der Grenzen eines deutschen Landes handelt, der Vereinbarung mit der zuständigen Landesregierung vorbehalten. Bei Neubildungen oder Änderungen, die über die Grenzen eines deutschen Landes hinausgreifen, erfolgt die Verständigung mit der Reichsregierung, der es überlassen bleibt, die Zustimmung der in Frage kommenden Länderregierungen herbeizuführen. Dasselbe gilt entsprechend für die Neuerrichtung oder Änderung von Kirchenprovinzen, falls mehrere deutsche Länder daran beteiligt sind. Auf kirchliche Grenzverlegungen, die lediglich im Interesse der örtlichen Seelsorge erfolgen, finden die vorstehenden Bedingungen keine Anwendung.

Bei etwaigen Neugliederungen innerhalb des Deutschen Reiches wird sich die Reichsregierung zwecks Neuordnung der Diözesanorganisation und -zirkumskription mit dem Heiligen Stuhl in Verbindung setzen.

#### *Artikel 12*

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 11 können kirchliche Ämter frei errichtet und umgewandelt werden, falls Aufwendungen aus Staatsmitteln nicht beansprucht werden. Die staatliche Mitwirkung bei der Bildung und Veränderung von Kirchengemeinden erfolgt nach Richtlinien, die mit den Diözesanbischöfen vereinbart werden und für deren möglichst einheitliche Gestaltung die Reichsregierung bei den Länderregierungen wirken wird.

#### *Artikel 13*

Die katholischen Kirchengemeinden, Kirchengemeindeverbände und Diözesanverbände, die Bischöflichen Stühle, Bistümer und Kapitel, die Orden und religiösen Genossenschaften sowie die unter Verwaltung kirchlicher Organe gestellten Anstalten, Stiftungen und Vermögensstücke der katholischen Kirche behalten bzw. erlangen die Rechtsfähigkeit für den staatlichen Bereich nach den allgemeinen Vorschriften des staatlichen Rechts. Sie bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie solche bisher waren; den anderen können die gleichen Rechte nach Maßgabe des für alle geltenden Gesetzes gewährt werden.

#### *Artikel 14*

Die Kirche hat grundsätzlich das freie Besetzungsrecht für alle Kirchenämter und Benefizien ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden, soweit nicht durch die im Artikel 2 genannten Konkordate andere Vereinbarungen getroffen sind. Bezüglich der Besetzung von Bischöflichen Stühlen findet auf die beiden Suffraganbistümer Rottenburg und Mainz wie auch für das Bistum Meißen die für den Metropolitansitz der Oberrheinischen Kirchenprovinz Freiburg getroffene Regelung entsprechende Anwendung. Das gleiche gilt für die erstgenannten zwei Suffraganbistümer bezüglich der Besetzung von domkapitularischen Stellen und der

Regelung des Patronatsrechtes.

Außerdem besteht Einvernehmen über folgende Punkte:

1. Katholische Geistliche, die in Deutschland ein geistliches Amt bekleiden oder eine seelsorgerliche oder Lehrtätigkeit ausüben, müssen:

a) deutsche Staatsangehörige sein,

b) ein zum Studium an einer deutschen höheren Lehranstalt berechtigendes Reifezeugnis erworben haben,

c) auf einer deutschen staatlichen Hochschule, einer deutschen kirchlichen akademischen Lehranstalt oder einer päpstlichen Hochschule in Rom ein wenigstens dreijähriges philosophisch-theologisches Studium abgelegt haben.

2. Die Bulle für die Ernennung von Erzbischöfen, Bischöfen, eines Koadjutors cum iure successionis oder eines Praelatus nullius wird erst ausgestellt, nachdem der Name des dazu Ausersehenen dem Reichsstatthalter in dem zuständigen Lande mitgeteilt und festgestellt ist, daß gegen ihn Bedenken allgemein politischer Natur nicht bestehen.

Bei kirchlichem und staatlichem Einverständnis kann von den im Absatz 2, Ziffer 1 a, b und c genannten Erfordernissen abgesehen werden.

#### *Artikel 15*

Orden und religiöse Genossenschaften unterliegen in bezug auf ihre Gründung, Niederlassung, die Zahl und – vorbehaltlich Artikel 15 Absatz 2 – die Eigenschaften ihrer Mitglieder, ihre Tätigkeit in der Seelsorge, im Unterricht, in Krankenpflege und karitativer Arbeit, in der Ordnung ihrer Angelegenheiten und der Verwaltung ihres Vermögens staatlicherseits keiner besonderen Beschränkung.

Geistliche Ordensobere, die innerhalb des Deutschen Reiches ihren Amtssitz haben, müssen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Provinz - und Ordensoberen, deren Amtssitz außerhalb des deutschen Reichsgebietes liegt, steht, auch wenn sie anderer Staatsangehörigkeit sind, das Visitationsrecht bezüglich ihrer in Deutschland liegenden Niederlassungen zu.

Der Heilige Stuhl wird dafür Sorge tragen, daß für die innerhalb des Deutschen Reiches bestehenden Ordensniederlassungen die Provinzorganisation so eingerichtet wird, daß die Unterstellung deutscher Niederlassungen unter ausländische Provinzialobere tunlichst entfällt. Ausnahmen hiervon können im Einvernehmen mit der Reichsregierung zugelassen werden, insbesondere in solchen Fällen, wo die geringe Zahl der Niederlassungen die Bildung einer deutschen Provinz untunlich macht oder wo besondere Gründe vorliegen, eine geschichtlich gewordene und sachlich bewährte Provinzorganisation bestehen zu lassen.

#### *Artikel 16*

Bevor die Bischöfe von ihrer Diözese Besitz ergreifen, leisten sie in die Hand des Reichsstatthalters in dem zuständigen Lande bzw. des Reichspräsidenten einen Treueid nach folgender Formel:

"Vor Gott und auf die heiligen Evangelien schwöre und verspreche ich, so wie es einem Bischof geziemt, dem Deutschen Reich und dem Lande... Treue. Ich schwöre und verspreche, die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus achten zu lassen. In der pflichtmäßigen Sorge um das Wohl und das Interesse des deutschen Staatswesens werde ich in Ausübung des mir übertragenen geistlichen Amtes jeden Schaden zu verhüten trachten, der es bedrohen könnte."

#### *Artikel 17*

Das Eigentum und andere Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der Anstalten, Stiftungen und Verbände der katholischen Kirche an ihrem Vermögen werden nach Maßgabe der allgemeinen Staatsgesetze gewährleistet.

Aus keinem irgendwie gearteten Grunde darf ein Abbruch von gottesdienstlichen

Gebäuden erfolgen, es sei denn nach vorherigem Einvernehmen mit der zuständigen kirchlichen Behörde.

#### *Artikel 18*

Falls die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die katholische Kirche abgelöst werden sollten, wird vor der Ausarbeitung der für die Ablösung aufzustellenden Grundsätze rechtzeitig zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Reich ein freundschaftliches Einvernehmen herbeigeführt werden.

Zu den besonderen Rechtstiteln zählt auch das rechtsbegründete Herkommen.

Die Ablösung muß den Ablösungsberechtigten einen angemessenen Ausgleich für den Wegfall der bisherigen staatlichen Leistungen gewähren.

#### *Artikel 19*

Die katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen bleiben erhalten. Ihr Verhältnis zur kirchlichen Behörde richtet sich nach den in den einschlägigen Konkordaten und dazugehörigen Schlußprotokollen festgelegten Bestimmungen unter Beachtung der einschlägigen kirchlichen Vorschriften. Die Reichsregierung wird sich angelegen sein lassen, für sämtliche in Frage kommenden katholischen Fakultäten Deutschlands eine der Gesamtheit der einschlägigen Bestimmungen entsprechende einheitliche Praxis zu sichern.

#### *Artikel 20*

Die Kirche hat das Recht, soweit nicht andere Vereinbarungen vorliegen, zur Ausbildung des Klerus philosophische und theologische Lehranstalten zu errichten, die ausschließlich von der kirchlichen Behörde abhängen, falls keine staatlichen Zuschüsse verlangt werden.

Die Errichtung, Leitung und Verwaltung der Priesterseminare sowie der kirchlichen Konvikte steht, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes, ausschließlich den kirchlichen Behörden zu.

#### *Artikel 21*

Der katholische Religionsunterricht in den Volksschulen, Berufsschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten ist ordentliches Lehrfach und wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche erteilt. Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens- und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden, ebenso wie es im gesamten übrigen Unterricht geschieht. Lehrstoff und Auswahl der Lehrbücher für den Religionsunterricht werden im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde festgesetzt. Den kirchlichen Oberbehörden wird Gelegenheit gegeben werden, im Einvernehmen mit der Schulbehörde zu prüfen, ob die Schüler Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Lehren und Anforderungen der Kirche erhalten.

#### *Artikel 22*

Bei der Anstellung von katholischen Religionslehrern findet Verständigung zwischen dem Bischof und der Landesregierung statt. Lehrer, die wegen ihrer Lehre oder sittlichen Führung vom Bischof zur weiteren Erteilung des Religionsunterrichtes für ungeeignet erklärt worden sind, dürfen, solange dies Hindernis besteht, nicht als Religionslehrer verwendet werden.

#### *Artikel 23*

Die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. In allen Gemeinden, in denen Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte es beantragen, werden katholische Volksschulen errichtet werden, wenn die Zahl der Schüler unter gebührender Berücksichtigung der örtlichen schulorganisatorischen Verhältnisse einen nach Maßgabe der staatlichen

Vorschriften geordneten Schulbetrieb durchführbar erscheinen läßt.

#### *Artikel 24*

An allen katholischen Volksschulen werden nur solche Lehrer angestellt, die der katholischen Kirche angehören und Gewähr bieten, den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule zu entsprechen.

Im Rahmen der allgemeinen Berufsausbildung der Lehrer werden Einrichtungen geschaffen, die eine Ausbildung katholischer Lehrer entsprechend den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule gewährleisten.

#### *Artikel 25*

Orden und religiöse Kongregationen sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze und gesetzlichen Bedingungen zur Gründung und Führung von Privatschulen berechtigt. Diese Privatschulen geben die gleichen Berechtigungen wie die staatlichen Schulen, soweit sie die lehrplanmäßigen Vorschriften für letztere erfüllen.

Für Angehörige von Orden oder religiösen Genossenschaften gelten hinsichtlich der Zulassung zum Lehramte und für die Anstellung an Volksschulen, mittleren oder höheren Lehranstalten die allgemeinen Bedingungen.

#### *Artikel 26*

Unter Vorbehalt einer umfassenderen späteren Regelung der eherechtlichen Fragen besteht Einverständnis darüber, daß, außer im Falle einer lebensgefährlichen, einen Aufschub nicht gestattenden Erkrankung eines Verlobten, auch im Falle schweren sittlichen Notstandes, dessen Vorhandensein durch die zuständige bischöfliche Behörde bestätigt sein muß, die kirchliche Einsegnung der Ehe vor der Ziviltrauung vorgenommen werden darf. Der Pfarrer ist in solchen Fällen verpflichtet, dem Standesamt unverzüglich Anzeige zu erstatten.

#### *Artikel 27*

Der Deutschen Reichswehr wird für die zu ihr gehörenden katholischen Offiziere, Beamten und Mannschaften sowie deren Familien eine exemte Seelsorge zugestanden.

Die Leitung der Militärseelsorge obliegt dem Armeebischof. Seine kirchliche Ernennung erfolgt durch den Heiligen Stuhl, nachdem letzterer sich mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt hat, um im Einvernehmen mit ihr eine geeignete Persönlichkeit zu bestimmen.

Die kirchliche Ernennung der Militärpfarrer und sonstigen Militärgeistlichen erfolgt nach vorgängigem Benehmen mit der zuständigen Reichsbehörde durch den Armeebischof. Letzterer kann nur solche Geistliche ernennen, die von ihrem zuständigen Diözesanbischof die Erlaubnis zum Eintritt in die Militärseelsorge und ein entsprechendes Eignungszeugnis erhalten haben. Die Militärgeistlichen haben für die ihnen zugewiesenen Truppen und Heeresangehörigen Pfarrechte.

Die näheren Bestimmungen über die Organisation der katholischen Heeresseelsorge erfolgen durch ein Apostolisches Breve. Die Regelung der beamtenrechtlichen Verhältnisse erfolgt durch die Reichsregierung.

#### *Artikel 28*

In Krankenhäusern, Strafanstalten und sonstigen Häusern der öffentlichen Hand wird die Kirche im Rahmen der allgemeinen Hausordnung zur Vornahme seelsorgerlicher Besuche und gottesdienstlicher Handlungen zugelassen. Wird in solchen Anstalten eine regelmäßige Seelsorge eingerichtet und müssen hierfür Geistliche als Staats- oder sonstige öffentliche Beamte eingestellt werden, so geschieht dies im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde.

#### *Artikel 29*

Die innerhalb des Deutschen Reiches wohnhaften katholischen Angehörigen einer nichtdeutschen völkischen Minderheit werden bezüglich der Berücksichtigung ihrer

Muttersprache in Gottesdienst, Religionsunterricht und kirchlichem Vereinswesen nicht weniger günstig gestellt werden, als der rechtlichen und tatsächlichen Lage der Angehörigen deutscher Abstammung und Sprache innerhalb des Gebietes des entsprechenden fremden Staates entspricht.

*Artikel 30*

An den Sonntagen und den gebotenen Feiertagen wird in den Bischofskirchen sowie in den Pfarr-, Filial- und Klosterkirchen des Deutschen Reiches im Anschluß an den Hauptgottesdienst, entsprechend den Vorschriften der kirchlichen Liturgie, ein Gebet für das Wohlergehen des Deutschen Reiches und Volkes eingelegt.

*Artikel 31*

Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt.

Diejenigen katholischen Organisationen, die außer religiösen, kulturellen oder karitativen Zwecken auch anderen, darunter auch sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienen, sollen, unbeschadet einer etwaigen Einordnung in staatliche Verbände, den Schutz des Artikel 31 Absatz 1 genießen, sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten.

Die Feststellung der Organisationen und Verbände, die unter die Bestimmungen dieses Artikels fallen, bleibt vereinbarlicher Abmachung zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat vorbehalten.

Insoweit das Reich und die Länder sportliche oder andere Jugendorganisationen betreuen, wird Sorge getragen werden, daß deren Mitgliedern die Ausübung ihrer kirchlichen Verpflichtungen an Sonn- und Feiertagen regelmäßig ermöglicht wird und sie zu nichts veranlaßt werden, was mit ihren religiösen und sittlichen Überzeugungen und Pflichten nicht vereinbar wäre.

*Artikel 32*

Auf Grund der in Deutschland bestehenden besonderen Verhältnisse wie im Hinblick auf die durch die Bestimmungen des vorstehenden Konkordats geschaffenen Sicherungen einer die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche im Reich und seinen Ländern währenden Gesetzgebung erläßt der Heilige Stuhl Bestimmungen, die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen.

*Artikel 33*

Die auf kirchliche Personen oder kirchliche Dinge bezüglichen Materien, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, werden für den kirchlichen Bereich dem geltenden kanonischen Recht gemäß geregelt.

Sollte sich in Zukunft wegen der Auslegung oder Anwendung einer Bestimmung dieses Konkordates irgendeine Meinungsverschiedenheit ergeben, so werden der Heilige Stuhl und das Deutsche Reich im gemeinsamen Einvernehmen eine freundschaftliche Lösung herbeiführen.

*Artikel 34*

Das vorliegende Konkordat, dessen deutscher und italienischer Text gleiche Kraft haben, soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden baldigst ausgetauscht werden. Es tritt mit dem Tag ihres Austausches in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Konkordats unterzeichnet.

Geschehen in doppelter Urschrift.

In der Vatikanstadt, am 20. Juli 1933.

*Franz von Papen*

*Eugenio Cardinale Pacelli*

## **Schlußprotokoll**

Bei der Unterzeichnung des am heutigen Tage abgeschlossenen Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich haben die ordnungsmäßig bevollmächtigten Unterzeichneten folgende übereinstimmende Erklärungen abgegeben, die einen integrierenden Bestandteil des Konkordats selbst bilden.

### *Zu Artikel 3*

Der Apostolische Nuntius beim Deutschen Reich ist, entsprechend dem Notenwechsel zwischen der Apostolischen Nuntiatur in Berlin und dem Auswärtigen Amt vom 11. und 27. März 1930, Doyen des dort akkreditierten Diplomatischen Korps.

### *Zu Artikel 13*

Es besteht Einverständnis darüber, daß das Recht der Kirche, Steuern zu erheben, gewährleistet bleibt.

### *Zu Artikel 14 Absatz 2 Ziffer 2*

Es besteht Einverständnis darüber, daß, sofern Bedenken allgemein politischer Natur bestehen, solche in kürzester Frist vorgebracht werden. Liegt nach Ablauf von 20 Tagen eine derartige Erklärung nicht vor, so wird der Heilige Stuhl berechtigt sein, anzunehmen, daß Bedenken gegen den Kandidaten nicht bestehen. Über die in Frage stehenden Persönlichkeiten wird bis zur Veröffentlichung der Ernennung volle Vertraulichkeit gewahrt werden.

Ein staatliches Vetorecht soll nicht begründet werden.

### *Zu Artikel 17*

Soweit staatliche Gebäude oder Grundstücke Zwecken der Kirche gewidmet sind, bleiben sie diesen, unter Wahrung etwa bestehender Verträge, nach wie vor überlassen.

### *Zu Artikel 19 Satz 2*

Die Grundlage bietet zur Zeit des Konkordatsabschlusses besonders die Apostolische Konstitution "Deus scientiarum Dominus" vom 24. Mai 1931 und die Instruktion vom 7. Juli 1932.

### *Zu Artikel 20*

Die unter Leitung der Kirche stehenden Konvikte an Hochschulen und Gymnasien werden in steuerrechtlicher Hinsicht als wesentliche kirchliche Institutionen im eigentlichen Sinne und als Bestandteil der Diözesanorganisation anerkannt.

### *Zu Artikel 24*

Soweit nach Neuordnung der Lehrerbildungswesens Privatanstalten in der Lage sind, den allgemein geltenden staatlichen Anforderungen für Ausbildung von Lehrern oder Lehrerinnen zu entsprechen, werden bei ihrer Zulassung auch bestehende Anstalten der Orden und Kongregationen entsprechend berücksichtigt werden.

### *Zu Artikel 26*

Ein schwerer sittlicher Notstand liegt vor, wenn es auf unüberwindliche oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu beseitigende Schwierigkeiten stößt, die zur Eheschließung erforderlichen Urkunden rechtzeitig beizubringen.

### *Zu Artikel 27 Absatz 19*

Die katholischen Offiziere, Beamten und Mannschaften sowie deren Familien gehören nicht den Ortskirchengemeinden an und tragen nicht zu deren Lasten bei.

### *Absatz 4*

Der Erlaß des Apostolischen Breve erfolgt im Benehmen mit der Reichsregierung.

### *Zu Artikel 28*

In dringenden Fällen ist der Zutritt dem Geistlichen jederzeit zu gewähren.

### *Zu Artikel 29*

Nachdem die Deutsche Reichsregierung sich zu dem Entgegenkommen in bezug auf

nichtdeutsche Minderheiten bereitgefunden hat, erklärt der Heilige Stuhl, in Bekräftigung seiner stets vertretenen Grundsätze bezüglich des Rechtes der Muttersprache in der Seelsorge, im Religionsunterricht und im katholischen Vereinsleben, bei künftigen konkordatären Abmachungen mit anderen Ländern auf die Aufnahme einer gleichwertigen, die Rechte der deutschen Minderheiten schützende Bestimmung Bedacht nehmen zu wollen.

*Zu Artikel 31 Absatz 4*

Die im Artikel 31 Absatz 4 niedergelegten Grundsätze gelten auch für den Arbeitsdienst.

*Zu Artikel 32*

Es herrscht Einverständnis darüber, daß vom Reich bezüglich der nichtkatholischen Konfessionen gleiche Regelungen betreffend parteipolitische Betätigung veranlaßt werden.

Das den Geistlichen und Ordensleuten Deutschlands in Ausführung des Artikels 32 zur Pflicht gemachte Verhalten bedeutet keinerlei Einengung der pflichtmäßigen Verkündung und Erläuterung der dogmatischen und sittlichen Lehren und Grundsätze der Kirche.

In der Vatikanstadt, am 20. Juli 1933.

*Franz von Papen*

*Eugenio Cardinale Pacelli*

Hier nach: Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, 20. Juli 1933, in: Reichsgesetzblatt II. 1933, S. 679-690, BArch R 5101/21674, Bl. 120-125.

## **Faksimile**

Die 24 Faksimile werden nicht mit ausgedruckt.

Hier nach: Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, 20. Juli 1933, in: Reichsgesetzblatt II. 1933, S. 679-690, BArch R 5101/21674, Bl. 120-125.

© Faksimile: Bundesarchiv Berlin

---

Quelle: [http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok\\_0127\\_kon.pdf](http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0127_kon.pdf)

Datum: 19. September 2011 um 11:34:16 Uhr CEST.

© BSB München

---